

II-1586 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 796 1J

1984-06-13

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. NEISSER, Dr. SCHÜSSEL, Dr. TAUS,
und Kollegen Dr. STUMMVOLL, GRAF
an den Bundeskanzler
betreffend die Regierungskrise

Der Bundeskanzler hat die Einheitlichkeit der allgemeinen Regierungspolitik zu wahren und auf das einheitliche Zusammenarbeiten der Bundesministerien in allen politischen Belangen hinzuwirken. So zumindest schreibt es das Bundesministerien-gesetz dem Regierungschef vor.

Bundeskanzler Dr. Sinowatz erfüllt diesen Auftrag des Gesetzes immer weniger. Beweis dafür: Die jüngste Regierungskrise.

Entgegen den Ankündigungen der Regierungserklärung sagte der Bundeskanzler völlig überraschend und unkoordiniert die vom Finanzminister vorbereitete Steuerreform mit einer Presseerklärung ab.

Damit löste der Bundeskanzler selbst eine schwere Krise in der sozialistischen Koalitionsregierung aus.

Wenige Tage später begründete er diese öffentliche Desavourierung seines Finanzministers in einem eigenhändig gezeichneten Artikel in der "Arbeiter Zeitung" unter anderem mit den Worten:
"Was wir allerdings nicht machen werden, ist eine Steuerreform durchzuführen, die für viele Menschen zu einer steuerlichen Schlechterstellung führt."

Salcher hatte offensichtlich entgegen den bisherigen Erklärungen der sozialistischen Koalitionsregierung eine Steuerreform erarbeitet, die nach den Belastungen des "Mallorca-Pakets mit Steger-Zuschlag" einen neuen Anschlag auf die Brieftaschen der Bürger enthielt.

Schon in der Regierungserklärung, die Salcher ja kennen mußte, wurde die Grundlinie für die Steuerreform klar definiert:

"Diese Reform wird der Zielsetzung eines sozial gerechten, einfachen und leistungsfördernden Steuersystems verpflichtet sein."

Keine Rede von Schlechterstellungen, keine Rede von Belastungen.

Wenn Dr. Salcher das also - zumindest laut Bundeskanzler Dr. Sinowatz - dennoch versucht hat, dann muß es sich dabei um einen Vertrauensbruch gegenüber dem Bundeskanzler handeln.

Die Konsequenz für Salcher - so konnte man annehmen - mußte wohl der Verlust seines Regierungsamtes sein.

Der Bundeskanzler suchte bereits einen Nachfolger. Salcher selbst bewertete die Chance seines Verbleibens in der Regierung mit "90 : 10, daß ich gehe".

Nach der Veröffentlichung der Vorwürfe des Finanzministers gegen seinen Parteivorsitzenden und Bundeskanzler ("Fred, so geht das nicht"), kam es innerhalb der SPÖ zu Bestrebungen, Salcher zu halten. Besonders engagiert waren dabei Gewerkschaftspräsident Benya und der ehemalige Bundeskanzler Dr. Kreisky - die sich auch durchsetzten.

Am 5. Juni 1984 schließlich mußte Bundeskanzler Dr. Sinowatz verkünden, die "Mißverständnisse" seien ausgeräumt und Dr. Salcher bleibe Finanzminister.

- 3 -

Die "Kleine Zeitung" charakterisiert am nächsten Tag die persönliche Situation des Bundeskanzlers treffend:

"Nach der Desavouierung seines Finanzministers wird nun er von seiner Partei desavouiert."

Die Regierungskrise ist bis auf weiteres prolongiert.

Damit hat Bundeskanzler Dr. Sinowatz neuerlich die Kritik der Öffentlichkeit bestätigt: E i n o h n e h i n e n t s c h e i -
d u n g s s c h w a c h e r B u n d e s k a n z l e r
t r i f f t , w e n n e r e i n m a l e n t s c h e i -
d e t , d i e f a l s c h e n E n t s c h e i d u n g e n
z u m f a l s c h e n Z e i t p u n k t .

Beispiele dafür sind:

- o Die Belastung der Bevölkerung und der Wirtschaft durch das "Mallorca-Paket mit Steger-Zuschlag", das einen möglichen Aufschwung bremst.
- o Das "In-die-Knie-gehen" vor dem Zentralbetriebsratsobmann der VÖEST, Ruhaltinger, das eine Sanierung dieses verstaatlichten Betriebes behindert.
- o Die von Dallinger geplanten Maßnahmen im Bereich der Pensionsversicherung, die zu einer neuen Belastungswelle in Form von Beitragserhöhungen und Pensionskürzungen führen werden.

Angesichts der Vertrauenskrise zwischen Bundeskanzler und Finanzminister, die nur künstlich und kurzfristig verdeckt wurde, stellen die unterfertigten Abgeordneten an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

- 1) Warum haben Sie die von Finanzminister Dr. Salcher geplante Steuerreform abgesagt ?
- 2) Welche Punkte der Salcher'schen Steuerreform hätten die Bevölkerung so beunruhigt, daß dadurch ein möglicher Wirtschaftsaufschwung gefährdet worden wäre ?
- 3) Warum haben Sie Finanzminister Dr. Salcher entgegen Ihren und seinen Absichten nicht aus der Regierung entlassen ?
- 4) Warum durfte der Finanzminister die von ihm vorbereitete Rücktrittserklärung im Nationalrat nicht verlesen ?
- 5) Wie beurteilen Sie die Erklärung von Vizekanzler Dr. Steger, wonach das Abblasen der Steuerreform "ein Verdienst der freiheitlichen Regierungsmannschaft" war?
- 6) Wie wollen Sie in Zukunft das "einheitliche Zusammenarbeiten der Bundesministerien" erreichen, wenn Sie sich Ihre Minister und Staatssekretäre nicht einmal selber aussuchen dürfen ?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.